

Anwesend:

Vorsitz

Dr. Angela Kirstges Gruppe "WIN@WBV, Volt"

stellvertretender Vorsitz

Sven Schoolmann CDU-Fraktion

Mitglieder

Nurhayat Bakir-Block	SPD-Fraktion (nicht anwesend am 16.09.2026)
Manuel Baruschke	SPD-Fraktion (nicht anwesend am 16.09.2026)
Stefan Becker	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Ulf Berner	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Volker Block	SPD-Fraktion (nicht anwesend am 16.09.2026)
Heidi Bosse	CDU-Fraktion
Norbert Peter Brandt	SPD-Fraktion
Markus Bulla	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Martin Burkhart	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Martin Ehlers	CDU-Fraktion
Olaf Fischer	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Marvin Hager	SPD-Fraktion
Christina Heide	SPD-Fraktion
Uwe Heinemann	CDU-Fraktion
Birgit Holtz	SPD-Fraktion
Susanne Kempcke	SPD-Fraktion
Antje Johanna Kloster	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Thomas Lehmann	Fraktion FDP/FW
Anja Mandt	CDU-Fraktion
Gesche Marxfeld	SPD-Fraktion
Thorsten Morisse	AFD-Fraktion (nicht anwesend am 16.09.2026)
Darwin Reinhard	Fraktion FDP/FW (nicht anwesend am 16.09.2026)
Anja Sanchez Mengeler	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Walther Schäfer	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Detlef Schön	SPD-Fraktion
Gabriele Schröder	SPD-Fraktion
Dr. Günther Schulte	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Kristian Stoermer	SPD-Fraktion
Jens Stoffers	CDU-Fraktion
Petra Stomberg	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Detlef Stump	AfD-Fraktion
Thomas Suberg	CDU-Fraktion
Andreas Tönjes	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Michael von den Berg	Bündnis 90/Die Grünen
Frank Uwe Walpurgis	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Horst Dieter Walzner	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Helga Weinstock	Gruppe "Gemeinsam BUNT" (nicht anwesend am 16.09.2026)
Dr. Uwe Weithöner	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Olaf Werner	CDU-Fraktion
Astrid Zaage	CDU-Fraktion

Protokollführung

Julia Muth Fachbereichsleiterin

Von der Verwaltung

Thomas Bruns	Stadtrat
Niksa Marusic	Stadtrat
Torben Müller	Fachbereichsleiter
Berlind Speiser-Grahlmann	Fachbereichsleiterin
Jörg Engesser	Fachbereichsleiter

Gäste

Norman Schaaf	Geschäftsführer Klinikum gGmbH
---------------	--------------------------------

Es fehlte entschuldigt:**Oberbürgermeister**

Carsten Feist	parteilos
---------------	-----------

Mitglieder

Torsten Kastrioti	AfD-Fraktion
Yannick Lonkai	Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Tagesordnung:**A. Öffentlicher Teil**

7. Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil
8. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.12.2025
9. Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)
- 9.1. Anfrage Frau Brigitte Lehmann zum Ausschluss von Thorsten Moriße von der OB-Wahl
10. Aktuelle Stunde
11. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
12. Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten
13. Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)
- 13.1. Entsendung von Vertretern des Oberbürgermeisters in Gremien **276/2026**
- 13.2. Berufung der Gemeindewahlleitung (Gemeindewahlleiter und Stellvertreter) nach §9 Abs. 3 Nr. 2 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz für die 2026 stattfindenden Kommunalwahlen. **038/2026**
- 13.3. Neubesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag der CDU-Fraktion)
- 13.4. Ausstellen von Absichtserklärung zur Nutzung unvermeidbarer Abwärme **030/2026**
- 13.5. Beschluss der kommunalen Wärmeplanung zum Erreichen der Treibhausgasneutralität 2040 **031/2026**
14. Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat
- 14.1. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)
- 14.1.1. Interfraktioneller Antrag des Ortsrates auf Erhöhung der Haushaltsmittel des Ortsrates für den Doppelhaushalt 2027/2028 **538/2026**
- 14.2. Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Burkhardt)

- | | | |
|---------|--|-----------------|
| 14.2.1. | BIWAQ VI-Förderprojekt „WILHELM – Wilhelmshaven Mittendrin“
- Zustimmung zur Umsetzung des Förderprojektes und
Mittelbereitstellung für die nötige Kofinanzierung | 027/2026 |
| 14.3. | Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Beigeordneter
Bulla) | |
| 14.3.1. | Ausschreibung für das Dezernat II | 026/2026 |
| 14.4. | Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön) | |
| 14.4.1. | Änderung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes
"Wilhelmshaven-Tonndei"ch" | 022/2026 |
| 14.4.2. | 98. Vereinfachte Änderung des rechtswirksamen
Flächennutzungsplans
-Bürgerwindpark Klein Westerhausen- 1. Behandlung der
Stellungnahmen und 2. Feststellungsbeschluss | 023/2026 |
| 14.4.3. | Bebauungsplan Nr. 149, 2. Änderung
-Nordhafen Neu- Aufstellungsbeschluss | 024/2026 |
| 14.5. | Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude der Stadt
Wilhelmshaven (Ratsfrau Mandt) | |
| 14.5.1. | Ergebnis/Zuschlag zur Ausschreibung BP-191 - 2. Änderung | 020/2026 |
| 14.5.2. | Neubestellung Erbbaurecht - Gewerbefläche - BP-203 | 021/2026 |
| 14.5.3. | Antrag Ratsherr von den Berg: Aufstellung eines
Trinkwasserspenders | 539/2026 |
| 14.6. | Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Stoermer) | |
| 14.6.1. | Beschluss Feststellung Jahresabschluss 2023 – RNK Eigenbetrieb | 274/2026 |
| 15. | Öffentliche Anfragen | |
| 15.1. | Anfrage Ratsherr von den Berg: Hitzeschutz in öffentlichen
Gebäuden | 536/2026 |
| 16. | Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben
abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der
Geschäftsordnung des Rates) | |

A. Öffentlicher Teil

7 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Ratsvorsitzende Dr. Kirstges begrüßt die Anwesenden zur Sitzung.

Die Tagesordnung wird bei einer Enthaltung einstimmig festgestellt.

8 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.12.2025

Herr Tönjes kritisiert die Verzögerung der Vorlage des Protokolls. Er werde diesem nicht zustimmen. **Herr Heinemann** und **Herr Block** danken für die Protokollerstellung und erklären, dass sie dem Protokoll zustimmen werden. **Herr Berner** kann nach eigener Aussage der Argumentation von Herrn Tönjes nicht folgen, da eine Verfristung den Inhalt nicht automatisch falsch machen würde. Auch **Herr Stump** bezieht sich auf die Kritik von Herrn Tönjes und erwähnt, dass dieser auch bei fristgerechter Vorlage der Protokolle stets etwas zu kritisieren habe.

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rates vom 17. Dezember 2025 wird wie folgt genehmigt:

- 31 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

9 Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

9.1 Anfrage Frau Brigitte Lehmann zum Ausschluss von Thorsten Moriße von der OB-Wahl

Die Anfrage von Frau Lehmann beantwortet **Kämmerer Bruns** wie folgt:

Zu 1:

Über die Zulassung der Wahlvorschläge und damit auch darüber, ob ein Wahlvorschlag bzw. eine Bewerberin oder ein Bewerber nicht zugelassen wird, entscheidet nach § 28 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG) der Wahlausschuss als eigenständiges und unabhängiges Wahlorgan. Der Wahlausschuss hat die Entscheidung in seiner Sitzung vom 28.07.2026 durch Beschluss getroffen.

Die konkrete Zusammensetzung des Wahlausschusses für die betreffende Wahl ergibt sich aus der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt für die Stadt Wilhelmshaven Ausgabe 27/26 vom 29. April 2026.

Zu 2:

Die Legitimation der Mitglieder des Wahlausschusses ergibt sich unmittelbar aus dem Niedersächsischen Kommunalwahlgesetz und der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung (NKWO).

Nach § 10 Abs. 1 NKWG werden die weiteren Mitglieder des Wahlausschusses von der Wahlleitung aus den Wahlberechtigten des Wahlgebiets berufen. Grundlage hierfür sind Vorschläge der im Wahlgebiet vertretenen Parteien und Wählergruppen. § 8 Abs. 3 NKWO konkretisiert dieses Verfahren dahingehend, dass die Wahlleitung die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und Wählergruppen rechtzeitig auffordert, Wahlberechtigte als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Wahlausschusses vorzuschlagen, und anschließend die Berufung der vorgeschlagenen Personen vornimmt sowie die Zusammensetzung des Wahlausschusses öffentlich bekannt macht, vgl. Antwort zu Frage 1.

Zu 3:

Die Sitzung wurde nicht durch den Wahlausschuss aufgezeichnet.

10 Aktuelle Stunde

Es liegt ein Antrag auf Aktuelle Stunde von der AfD vor.

Herr Moriße führt zum am 22.08.2026 stattgefundenen „Fest für Demokratie und Vielfalt“ aus. Auf der Bühne sei ein Banner mit der Aufschrift „FCK AFD“ aufgehängt worden. In der Zeitung sei die Aussage einer Person zu „gesichert Rechtsextremen“ getätigt worden. Diese beiden Vorgänge seien zu kritisieren. Er weist darauf hin, dass das Pumpwerk ein städtisches Gebäude sei, die WTF eine städtische Gesellschaft. Er appelliere dazu, sich von der Gruppe „Queere Senioren Wilhelmshavens“ bzw. „Omas gegen Rechts“ zu distanzieren.

Herr Burkhardt äußert, dies sei für ihn kein Inhalt einer Aktuellen Stunde. Ferner gebe es kein Gesetz, dass das Plakat „FCK AFD“ verbiete – dies sei freie Meinungsäußerung. Auch sei das Zitat nicht zu belegen. Herr Heinemann schließt sich an, dass er ebenfalls bei der Veranstaltung gewesen sei. Nur weil das Pumpwerk als Veranstalter auf dem Plakat gestanden habe, löse dies keine Verantwortung für Aussagen einzelner Personen aus. Hinter die von Herrn Moriße kritisierten Gruppen stellt sich ausdrücklich **Herr von den Berg**. Die Fahne habe zu einem künstlerischen Akt gehört, ergänzt **Herr Tönjes** und verweist auf die Kunstfreiheit. **Herr Berner** bekennt sich ebenfalls zu den kritisierten Gruppen. Er verwehrt sich ausdrücklich gegen den Vorwurf Morißes gegen den Rat, kein Demokratieverständnis zu haben. Herr Block führt aus, dass sowohl er als auch seine Frau

seit Wochen von AfD-Anhängern angefeindet werde. Er könne zwar verstehen, dass Herr Moriße sich aufgrund des „FCK AFD“-Banners beschwere, wundere sich aber, dass die Anfeindungen offenbar für ihn in Ordnung seien. **Herr Moriße** verspricht, dass er bei Vorlage der entsprechenden Namen dies prüfen werde.

11 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es liegen keine Berichte vor.

12 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es liegen keine Berichte vor.

13 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)

13.1 Entsendung von Vertretern des Oberbürgermeisters in Gremien **276/2026**

Herr Block führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr von den Berg** informiert über die Sitzung des Verwaltungsrates der Sparkasse und die dortigen Diskussionen. **Herr Müller** informiert über die rechtlichen Grundlagen und erläutert das Sparkassenrecht, das an dieser Stelle greife. Auf Nachfrage von **Herrn Berner** informiert **Kämmerer Bruns**, dass im Rat rechtlich keine Vertretung vorgesehen ist. Herr Tönjes kritisiert, dass bei Entlastungen eine Stimmrechtsübertragung notwendig sei, diese aber nicht geregelt wäre. **Herr Bruns** führt aus, dass es aktuell nicht absehbar sein, dass Entlastungen bevorstünden. Sollte dies doch erforderlich werden, würde eine Regelung gefunden werden.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 38 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der vertretungsweisen Entsendung von Herrn Stadtrat Bruns, Herrn Stadtbaurat Marušić sowie Herrn Müller (Fachbereichsleiter Finanzen) in die umseitig aufgeführten Gremien an Stelle von Herrn Oberbürgermeister Feist zu.

13.2 Berufung der Gemeindewahlleitung (Gemeindewahlleiter und Stellvertreter) nach §9 Abs. 3 Nr. 2 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz für die 2026 stattfindenden Kommunalwahlen. **038/2026**

Herr Block führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Moriße** kündigt an, die Vorlage ablehnen zu wollen. Das Oberverwaltungsgericht habe klar gesagt, dass es erhebliche Fehler durch den stellvertretenden Gemeindewahlleiter gegeben habe. **Herr Burkhardt** spricht sich für die Vorlage aus.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 39 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0)

Der Rat beschließt für die Kommunalwahlen 2026 den Oberbürgermeister Herrn Carsten Feist als Gemeindewahlleiter und Herrn Ralf Janßen, Fachbereichsleiter des Fachbereichs Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung (FB 32), als stellvertretenden Gemeindewahlleiter abzuwählen.

Herr Ralf Janßen, Fachbereichsleiter FB32 wird zum Gemeindewahlleiter und Herr Hermann Kallendrusch, stellvertretender Fachbereichsleiter FB32, wird

zum stellvertretenden Gemeindewahlleiter berufen.

13.3 Neubesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag der CDU-Fraktion)

Herr Heinemann informiert über folgende Umbesetzung im Aufsichtsrat des Klinikums: Für die CDU hat Herr Schönfelder seinen Sitz in dem Gremium aus persönlichen Gründen niedergelegt, dafür übernimmt Jens Stoffers den Sitz.

Kämmerer Bruns benennt Torben Müller für das Beteiligungsmanagement im Aufsichtsrat des Klinikums.

Herr Burkhardt informiert, dass Anja Sanchez-Mengeler anstelle von Petra Stomberg Vertreterin für Frank Uwe Walpurgis im Verwaltungsausschuss wird.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 39 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0)

13.4 Ausstellen von Absichtserklärung zur Nutzung unvermeidbarer Abwärme **030/2026**

Herr Block führt in die Vorlage ein und begründet diese.

Beschluss: einstimmig beschlossen
(Ja 40 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)

Die Stadt Wilhelmshaven beschließt mit der vorliegenden Absichtserklärung Interesse an der Zusammenarbeit und Kooperation mit Unternehmen, die ein Abwärmepotential im Stadtgebiet haben.

13.5 Beschluss der kommunalen Wärmeplanung zum Erreichen der Treibhausgasneutralität 2040 **031/2026**

Herr Block führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Schön** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückverweisung in die Ausschüsse UKLB und APB. Der Antrag auf Zurückverweisung wird bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mit 40 Ja-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: an Fachausschuss verwiesen

14 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

14.1 Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)

14.1.1 Interfraktioneller Antrag des Ortsrates auf Erhöhung der Haushaltsmittel des Ortsrates für den Doppelhaushalt 2027/2028 **538/2026**

Frau Mandt führt in die Vorlage ein und begründet diese.

Herr Stump weist auf die Differenz zwischen der Förderung von Vereinen und den Delegationsbesuchen hin. Bei der finanziellen Situation der Stadt sei die Relation kritisch zu sehen. Seine Fraktion werde deswegen nicht zustimmen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 40 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0)

1. Die Haushaltsmittel zur Förderung und Unterstützung der örtlichen Vereine wird nicht verändert und verbleibt bei einem jährlichen Betrag von 200,- €. Diese Mittel sollen insbesondere für kleinere Projekte und Aktivitäten der Vereinsarbeit genutzt werden und die gesellschaftliche Teilhabe stärken. (TH 361 Produkt 511001.431899)
 2. Für die Pflege der Partnerschaft zur Marktgemeinde Bromberg sollen die Haushaltsmittel in den Jahren ohne gegenseitigen Besuch auf 2000,-€ festgesetzt bleiben. Damit sollen die laufenden Kosten und die Kommunikation zwischen den Gemeinden abgesichert werden. (TH 361 Produkt 511001.443199)
 3. Für die Pflege der Partnerschaft mit der Marktgemeinde Bromberg sollen die Haushaltsmittel in den Jahren, in denen Bürgerinnen und Bürger aus den Dörfern zur Partnerschaftspflege nach Bromberg reisen, von derzeit 4.000 € auf 6.000 € erhöht werden. Die vorgesehenen Mittel dienen zur Deckung der Reise- und Aufenthaltskosten sowie zur Organisation von Veranstaltungen. (TH 361 Produkt 511001.443199)
 4. Bei Besuchen von Delegationen aus der Marktgemeinde Bromberg zur Pflege der Partnerschaft in Wilhelmshaven wird vorgeschlagen, die derzeitigen Haushaltsmittel von 10.000 € auf 12.000 € zu erhöhen. Die zusätzliche Summe soll sicherstellen, dass die Kosten für Verpflegung und das gesamte Programm für die Gäste angemessen abgedeckt werden. (TH 361 Produkt 511001.443199)
- 14.2 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Burkhart)
- 14.2.1 BIWAQ VI-Förderprojekt „WILHELM – Wilhelmshaven Mittendrin“ 027/2026 - Zustimmung zur Umsetzung des Förderprojektes und Mittelbereitstellung für die nötige Kofinanzierung

Herr Schön stellt folgenden Änderungsantrag und begründet diesen:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt, obige Beschlussvorlage wie folgt zu ergänzen:

Die Verwaltung hat dem Rat der Stadt Wilhelmshaven halbjährlich aus dem Teilvorhaben 2 dieses Projektes („Stärkung der lokalen Ökonomie“) zu berichten. Dabei ist genau zu beschreiben, wie die Fördermittel in Höhe von 334.316 € zum Wohle des Sanierungsgebietes Tonndeich eingesetzt werden und welchen Nutzen die Bewohner*innen und Gewerbetreibenden dieses Quartiers haben. Die 1,5 zu schaffenden Stellen, welche aus diesen Fördermitteln finanziert werden sollen, sind auszuschreiben. Auch hier sind die Tätigkeiten genau nachzuweisen und der Nutzen für die Stadt Wilhelmshaven darzustellen.

Herr Lehmann führt zu den Auswirkungen auf den Haushaltsplan aus, für die Jahre 2027 und 2028 sei der nächste Rat zuständig. Deswegen kündigt er einen entsprechenden Änderungsantrag an.

Herr Burkhart begrüßt die im Antrag enthaltene Berichtspflicht und signalisiert Zustimmung.

Herr Prof. Dr. Weithöner erläutert, weswegen er sich enthalten werde. Er sehe hier zusätzliche Bürokratie durch die halbjährliche Berichterstattung. Der Änderungsantrag wird bei 29 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zum Gesamtantrag wünscht **Herr Brandt**, dass künftig bei Vorlagen auch die finanziellen und personellen Auswirkungen anzugeben seien.

Herr Lehman stellt folgenden Änderungsantrag und begründet diesen:

ausschließliche Betrachtung des Jahres 26

Kämmerer Bruns informiert, dass nur das Gesamtprojekt beschlossen werden könne. Der Beschluss habe in der Tat präjudizierende Wirkung, da die Kosten in den Folgejahren eingeplant werden müssten. **Herr Prof. Dr. Weithöner** äußert sein Unverständnis, dass beim vorigen Tagesordnungspunkt die FDP den für die Zukunft entstehenden Mehrausgaben zugestimmt habe, nun aber so etwas ablehne. Auch **Herr Burkhart** spricht sich gegen den Änderungsantrag aus.

Der Änderungsantrag wird bei 2 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen und 35-Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Zum Gesamtantrag hinterfragt **Herr Ehlers** die in der Begründung aufgeführten Vorhaben kritisch. Das Konzept erschließe sich ihm nicht, da er nicht sagen könne, was mit den 1,5 Millionen Euro konkret gemacht werden solle. Er habe eine Verantwortung für die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Fördergelder. **Stadtbaurat Marusic** erläutert, dass mit dem letzten BIWAQ-Programm in dem Teilbereich zur Integration in den Arbeitsmarkt messbar Erfolge erzielt worden seien. In dem anderen Teilbereich seien die Erfolge in der Tat weniger messbar, dennoch sei die Beteiligungsquote von Unternehmen mit rund 50 hoch gewesen. Diese hätten sich für die Fortführung des Programms ausgesprochen. **Herr Schön** ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Ehlers, dass Frau Mirau im Fachausschuss deutlich dargestellt habe, wo der konkrete Nutzen für die Wilhelmshavenerinnen und Wilhelmshavener bestanden habe. Gleichwohl stimme er Herrn Ehlers zu, dass die Ausführungen in der Anlage zur Vorlage zu vage seien. Aus diesem Grund habe er den Änderungsantrag eingebracht. Den Ausführungen schließt sich **Herr Lehmann** an. Diese Meinung teilt **Herr Burkhart** nach eigenen Worten nicht. Er betont, wie wichtig die Netzwerkarbeit gerade in Tonndeiich sei.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 26 Nein 3 Enthaltung 12 Befangen 0)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven unterstützt die Teilnahme am ESF Plus-Förderprogramm des Bundes „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ VI“ und stimmt der Umsetzung des Förderprojektes „WILHELM – Wilhelmshaven Mittendrinn“ auf Basis des beigefügten Vorhabenkonzeptes sowie der Mittelbereitstellung für die nötige Kofinanzierung zu.

Die Verwaltung hat dem Rat der Stadt Wilhelmshaven halbjährlich aus dem Teilvorhaben 2 dieses Projektes („Stärkung der lokalen Ökonomie“) zu berichten. Dabei ist genau zu beschreiben, wie die Fördermittel in Höhe von 334.316 € zum Wohle des Sanierungsgebietes Tonndeiich eingesetzt werden und welchen Nutzen die Bewohner*innen und Gewerbetreibenden dieses Quartiers haben. Die 1,5 zu schaffenden Stellen, welche aus diesen Fördermitteln finanziert werden sollen, sind auszuschreiben. Auch hier sind die Tätigkeiten genau nachzuweisen und der Nutzen für die Stadt Wilhelmshaven darzustellen.

(ergänzt auf Antrag der SPD-Fraktion in der Ratssitzung vom 26.08.2026).

14.3 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Beigeordneter Bulla)

14.3.1 Ausschreibung für das Dezernat II

026/2026

Herr Bulla führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Stump** erkundigt sich, welcher Ausschreibungstext nun verabschiedet werden solle, da zwei vorliegen würden. Darauf erwidert **Herr Bulla**, dass nach Anpassung durch den PG über die Vorlage mit der Endung „NEU“ abgestimmt werden solle.

Herr Tönjes stellt den nachfolgenden Änderungsantrag und begründet diesen:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Stelle eines Wahlbeamten für das Dezernat II wird umgehend mit dem als Anlage beigefügten Text ausgeschrieben.

Herr Bruns bittet zunächst darum, einen Änderungsantrag mit dem Verweis auf die richtige Anlage zu stellen. Ferner führt er zu den Begründungen aus dem Antrag der Gruppe „Gemeinsam BUNT“ aus und ordnet diese sowohl rechtlich als auch in der Ausführung ein. Die Zuständigkeit für die Wirtschaftsförderung sei versehentlich in der Ausschreibung gelandet und deswegen nach der Diskussion im Fachausschuss wieder gestrichen worden. Er bitte darum, den ursprünglichen Antrag mit dem neuen Ausschreibungstext zu verabschieden. **Herr Heinemann** begründet seine Ablehnung des Änderungsantrags und verweist auf den Wunsch seiner Fraktion, die Stelle zügig besetzen zu wollen. **Herr Bulla** verweist auf die einstimmige Beschlussfassung im Fachausschuss, dem auch die Gruppe „Gemeinsam BUNT“ angehöre. Herr Becker erläutert, seine Gruppe werde den Änderungsantrag ablehnen.

Herr Tönjes verweist darauf, dass der Änderungsantrag seiner Gruppe bereits von Mitte Juni sei. Eine schnelle Ausschreibung sei auch in seinem Sinne.

Der Änderungsantrag wird bei 9 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zum Ursprungsantrag möchte **Herr Burkhardt** wissen, auf welchen Zeitpunkt die Verwaltung sich in der Ausschreibung beziehen möchte. **Herr Bruns** informiert, dass die Formulierung „zum nächstmöglichen Zeitpunkt“ genutzt werden solle. Nach Rückfrage von **Herrn Heinemann** wird ein Ausschreibungszeitraum von 6 Wochen gewählt.

Herr Bulla stellt den nachfolgenden Änderungsantrag und begründet diesen:

Der Beschlusstext wird ergänzt um „...als Anlage „NEU“ beigefügten Text...“, in der Ausschreibung wird in der ersten Zeile statt „ab dem 01. August 2026“ „nächstmöglicher Zeitpunkt“ sowie im letzten Absatz „bis zum 10.10.26“ eingesetzt.

Herr Burkhardt und **Herr Bulla** tauschen sich zum zeitlichen Ablauf aus. Der Änderungsantrag wird 8 Enthaltungen und 32 Ja-Stimmen angenommen.

Beschluss: einstimmig beschlossen
(Ja 39 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)

Die Stelle der Stadträtin bzw. des Stadtrates für das Dezernat II wird umgehend mit dem als Anlage „NEU“ beigefügten Text ausgeschrieben.

(ergänzt auf Antrag der Gruppe WIN@WBV, Volt in der Ratssitzung am 26.08.2026)

14.4 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

14.4.1 Änderung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes "Wilhelmshaven-Tonndeich" **022/2026**

Herr Schön führt in die Vorlage ein und begründet diese.

Beschluss: einstimmig beschlossen
(Ja 40 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)

Der Anpassung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes „Wilhelmshaven – Tonndeich“ wird zugestimmt.

14.4.2 98. Vereinfachte Änderung des rechtswirksamen Flächennutzungsplans -Bürgerwindpark Klein Westerhausen- 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Feststellungsbeschluss **023/2026**

Herr Schön führt in die Vorlage ein und begründet diese. Herr Stump weist auf die Hinweise der Gemeinde Wangerland hin. Eine touristisch wertvolle Landschaft solle nicht für Windparks genutzt werden. **Stadtbourat Marusic** weist darauf hin, dass die Gemeinde Wangerland selbst Windparks ausweise. Er danke den Bürgerinnen und Bürgern vor allem Sengwardens, da es keine einzige Eingabe gegeben habe.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 39 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01- 4). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 6 (6) Baugesetzbuch (BauGB) i.V. mit den §§ 10 und 58 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen die 98. Vereinfachte Änderung des Flächennutzungsplans 1973 –Bürgerwindpark Klein Westerhausen- zur Feststellung. Die Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB in der Fassung vom 27.07.2026 wird beschlossen und ist der 98. Vereinfachte Änderung des rechtswirksamen Flächennutzungsplans i.d.F. der Neubekanntmachung vom 18.02.2026 gem. § 5 (5) BauGB beigefügt. Weiterhin beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven, dass der für das Stadtgebiet vorliegende rechtswirksame Flächennutzungsplan i.d.F. der Neubekanntmachung vom 18.02.2026 in der Fassung, die er durch die weitere Änderung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

14.4.3 Bebauungsplan Nr. 149, 2. Änderung -Nordhafen Neu- Aufstellungsbeschluss **024/2026**

Herr Schön führt in die Vorlage ein und begründet diese.

Beschluss: einstimmig beschlossen
(Ja 39 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 348) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 149, 2. Änderung –NORDHAFEN NEU-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

14.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (Ratsfrau Mandt)

14.5.1 Ergebnis/Zuschlag zur Ausschreibung BP-191 - 2. Änderung **020/2026**

Frau Mandt führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Tönjes** informiert, dass die Gruppe „Gemeinsam BUNT“ uneinheitlich abstimmen werde. Er persönlich sei gegen den Verkauf von städtischen Grundstücken, er halte eine Verpachtung für klüger. **Herr Werner** bittet die Verwaltung darum, im städtebaulichen Vertrag ein Rückkaufsrecht vorzusehen, wenn innerhalb einer bestimmten Zeit nicht gebaut werde. Dass dies üblich sei, informiert **Stadtbaurat Marusic**. **Herr Fischer** spricht von einer guten Investition für Wilhelmshaven und signalisiert Zustimmung. Dem schließt sich auch **Herr Block** an. **Herr Burkhart** bittet darum, dass auch Shared Deals im städtebaulichen Vertrag aufgenommen würden.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 36 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0)

Der Rat stimmt dem Verkauf der Gewerbefläche im BP-191 2. Änderung (Gemarkung Sengwarden, Flur 4, Flurstücke 46/14, 41/17, 36/8 und Flur 3, Flurstück 203/7) mit einer Gesamtfläche von ca. 90.000 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 53,00 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von ca. 4.770.000,00€ an Bright & Green B.V., Westervoortsedijk 73 KB2, 6827 AV Arnhem (NL) zu.

Nach der Abstimmung unterbricht **Ratsvorsitzende Dr. Kirstges** die Sitzung um 16.30 Uhr. Die Sitzung wird am 16.09.2026 um 15.08 Uhr fortgesetzt.

14.5.2 Neubestellung Erbbaurecht - Gewerbefläche - BP-203 **021/2026**

Frau Mandt führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Lehmann** lehnt namens der FDP/Freien Wähler ein Erbbaurecht grundsätzlich ab.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 32 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0)

Der Rat stimmt der Neubestellung eines Erbbaurechts für 30 Jahre mit Verlängerungsoption um weitere 10 Jahre an die GEH Wasserchemie GmbH & Co. KG, Adolf-Köhne-Straße 4, 49090 Osnabrück auf einer Fläche von 6.694 m² im Gewerbegebiet Heppenser Groden Nord, BP- 203 (Gemarkung Rüstringen, Flur 33, Flurstück 9/28) zu. Der Erbbauzins beträgt 2,76 € pro qm pro Jahr. Dies entspricht einer Summe von ca. **18.475 €/Jahr**

14.5.3 Antrag Ratsherr von den Berg: Aufstellung eines Trinkwasserspenders **539/2026**

Herr Becker führt in die Vorlage ein und verweist auf die Begründung sowie die Diskussionen in den Fachausschüssen. **Frau Holtz** stellt den folgenden Änderungsantrag:

Wir möchten anregen, neben dem Rathausplatz weitere Standorte in den Antrag mit aufzunehmen.

Fußgängerzone Marktstraße, Rambla, Valoisplatz, Nordseepassage und botanischer Garten/Rosarium.

Herr Tönjes regt an, zunächst die Prüfung der Aufstellung zu beantragen, und bittet darum den Änderungsantrag entsprechend zu ändern. **Frau Mandt** stimmt Herrn Tönjes zu und bittet darum, einen Prüfauftrag aus dem Antrag zu machen. **Herr Becker** erläutert, dass er einen Prüfauftrag für obsolet erachte, die Stadt werde schon mitteilen, wenn sich die Realisierung an einem Standort nicht umsetzen lasse. Gleichzeitig regt er an, auch den Stadtnorden mit zu berücksichtigen. **Frau Kloster** regt dennoch an, einen Prüfauftrag inklusive der Standorte und der Kosten zu formulieren. **Herr Hager** erläutert, dass die Orte von der SPD sehr bewusst ausgewählt worden seien, gleichwohl sei man offen für weitere Standorte. Von einem Prüfauftrag sehe man aber ab, um Trinkwasser schnellstmöglich verfügbar zu machen.

Der Änderungsantrag wird bei 15 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Tönjes beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um einen Prüfauftrag zu formulieren. **Herr Lehmann** betont, Herr von den Berg habe einen Impuls geben wollen, wie man mit der Hitze umgehen könne. Da man nun vor dem Winter stehe, könne man sich die Zeit nehmen, in den Fachausschüssen in Ruhe zu beraten. Den Ursprungsantrag werde seine Gruppe unterstützen.

Die Sitzung wird von 15:19 bis 15:24 Uhr unterbrochen.

Herr Tönjes bringt den folgenden Änderungsantrag ein:

Weitere Standorte sollen geprüft werden und mit Kostenschätzungen dem Rat zum Beschluss im Dez 2026 vorgestellt werden.

Hier sind vordergründig zu prüfen Fußgängerzone, Marktstraße, Rambla, Valoisplatz, botanischer Garten/Rosarium und Marktplatz Fedderwardergroden und Marktplatz Voslapp.

Der Änderungsantrag wird bei 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Herr Schön bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Lehmann und führt aus, dass Herr von den Berg keinen Impuls habe geben wollen, sondern sehr klar gesagt habe, was er wolle. **Herr Tönjes** erkundigt sich, ob der Verbleib des alten Trinkwasserspenders mittlerweile geklärt worden sei. Dazu habe er keine aktuellen Informationen, so **Stadtbaurat Marusic**. **Herr Berner** erläutert, warum er dem Änderungsantrag nicht zugestimmt habe.

Beschluss: einstimmig beschlossen
(Ja 34 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)

Der Rat beschließt die Aufstellung eines Trinkwasserspenders im Rathaus und auf dem Rathausplatz/Marktplatz.

Weitere Standorte sollen geprüft werden und mit Kostenschätzungen dem Rat zum Beschluss im Dez 2026 vorgestellt werden.

Hier sind vordergründig zu prüfen Fußgängerzone, Marktstraße, Rambla, Valoisplatz, botanischer Garten/Rosarium und Marktplatz Fedderwardergroden und Marktplatz Voslapp.

(geändert auf Antrag der Gruppe „Gemeinsam BUNT“ in der Ratssitzung am 16.09.2026)

14.6 Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Stoermer)

14.6.1 Beschluss Feststellung Jahresabschluss 2023 – RNK Eigenbetrieb **274/2026**

Herr Stoermer führt in die Vorlage ein und begründet diese. **Herr Tönjes** führt aus, dass seine Gruppe aufgrund der Prüfung erhebliche Bedenken habe. Er bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

1. (unverändert)
2. (unverändert)
Neu:
3. Der Rat nimmt die im Prüfungsbericht der CURACON GmbH festgestellten wesentlichen Beanstandungen ausdrücklich zur Kenntnis. Dies betrifft insbesondere a) die zweckwidrige Verwendung von Investitionskreditmitteln in Höhe von 4,4 Mio. Euro entgegen den haushaltsrechtlichen Vorgaben des NKomVG und der Eigenbetriebsverordnung sowie b) die nicht fristgerechte Aufstellung des Jahresabschlusses.
4. Die Entscheidung über die Entlastung der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 2023 wird zurückgestellt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat eine gesonderte Beschlussvorlage vorzulegen, die
 - a. die festgestellten Gesetzesverstöße rechtlich einordnet,
 - b. deren Ursachen und Verantwortlichkeiten darstellt und
 - c. konkrete organisatorische und haushaltsrechtliche Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Verstöße benennt.

Der Änderungsantrag wird bei 26 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Herr Stump weist auf die Feststellungen, die im Prüfbericht gemacht worden seien, hin. Er fragt, wer die damalige Verwendung der Kreditmittel zu verantworten habe und welche Maßnahmen getroffen wurden, um eine Wiederholung zu verhindern. **Herr Müller** informiert, dass im Rahmen des eben verabschiedeten Prüfauftrags dazu ausgeführt werden würde.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(Ja 22 Nein 3 Enthaltung 11 Befangen 0)

1. Der Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 324.794,98 Euro sowie der Lagebericht werden festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 324.794,98 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. ~~Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.~~
Der Rat nimmt die im Prüfungsbericht der CURACON GmbH festgestellten wesentlichen Beanstandungen ausdrücklich zur Kenntnis. Dies betrifft insbesondere a) die zweckwidrige Verwendung von Investitionskreditmitteln in Höhe von 4,4 Mio. Euro entgegen den haushaltsrechtlichen Vorgaben des NKomVG

- und der Eigenbetriebsverordnung sowie b) die nicht fristgerechte Aufstellung des Jahresabschlusses.
4. Die Entscheidung über die Entlastung der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 2023 wird zurückgestellt.
 5. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat eine gesonderte Beschlussvorlage vorzulegen, die
 - a. die festgestellten Gesetzesverstöße rechtlich einordnet,
 - b. deren Ursachen und Verantwortlichkeiten darstellt und
 - c. konkrete organisatorische und haushaltsrechtliche Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Verstöße benennt.

(geändert auf Antrag der Gruppe Gemeinsam BUNT im Rat am 26.08.2026, fortgesetzt am 16.09.2026)

15 Öffentliche Anfragen

15.1 Anfrage Ratsherr von den Berg: Hitzeschutz in öffentlichen Gebäuden **536/2026**

Kämmerer Bruns beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Erkenntnisse zu krankheitsbedingten Ausfallzeiten aufgrund der Hitze liegen nicht vor.

Zu 2:

Innenliegender Sonnenschutz durch Streifenvorhänge ist Standard. Großflächigere Maßnahmen, wie Lüftung, Klima, Beschattung bedürfen einer umfassenden Sanierung des Rathauses. Im Rahmen der abschnittswisen Fenstererneuerung werden die neuen Fenster mit der Möglichkeit ausgestattet, in der Zwischenebene einen Sonnenschutz zu installieren. Andere Verwaltungsgebäude verfügen teilweise über Lüftung und außenliegenden Sonnenschutz. In Büros stehen darüber hinaus auch Ventilatoren zur Verfügung. Zudem wird seitens des Arbeitsschutzes in Kooperation mit dem Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz ein Maßnahmenkatalog für Führungskräfte erarbeitet.

Zu 3:

Nein. Eine bloße Kühlung ist im Kita-Bereich aufgrund des hohen erforderlichen Luftaustauschs nicht zweckdienlich. Lüftungsanlagen mit Kühlung gibt es in den Kitagebäuden im städtischen Eigentum nicht. Hinsichtlich der Kitas anderer Vermieter liegen hier keine Informationen vor.

Zu 4:

Die sommerliche Hitze ist selbstverständlich auch für das Klinikum Wilhelmshaven ein wichtiges Thema. Das Klinikum ist auf die hohen Temperaturen jedoch vorbereitet und hat stets ausreichend Kapazitäten zur Verfügung. Bisher ist aber keine verstärkte Zunahme von Patient*innen aufgrund der Hitze zu beobachten. Nur gelegentlich kommen Patient*innen, die in der Hitze kollabiert sind, darunter vor allem ältere Menschen, die unter Flüssigkeitsmangel leiden. Personell ist keine Anpassung erforderlich.

Zu 5:

Die hochsensiblen Bereiche, wie ZOP, Intensivstation, LHKM, CT und MRT, Schockraum, Labor und Apotheke sind alle klimatisiert. In den Patientenzimmern und Aufenthaltsräumen sind keine Klimaanlage vorhanden.

Zu 6:

Die hochsommerlichen Temperaturen stellen für alle Menschen eine zusätzliche Belastung dar. Den Patient*innen und auch den Mitarbeitenden des Klinikums wird daher jederzeit ausreichend Wasser zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Mitarbeitenden im Vorfeld für die anstehende Hitzeperiode sensibilisiert und an wichtige Maßnahmen im Umgang mit hohen Temperaturen erinnert. Des Weiteren werden stets ausreichend gekühlte Infusionen vorgehalten.

Zu 7:

In Tagen hoher Hitze sind steigende Einsatzzahlen im Bereich des Rettungsdienstes ersichtlich. So veröffentlichte der FB 37 am 28. Juni 2026 die Meldung (Facebook, Social-Media): „[...] Doch nicht nur das Unwetter forderte die Einsatzkräfte: Die Wetterlage der vergangenen Wochen mit andauernder und ungewöhnlicher Hitze führte im Bereich des Rettungsdienstes zu einem deutlichen Anstieg der Einsätze. So waren in den vergangenen Tagen etwa 50 Prozent mehr Rettungsdienst-Einsätze zu verzeichnen, als in vergleichbaren Zeiträumen. Allein am Freitag, 26. Juni 2026, wurde beispielsweise durch die im Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven beteiligten Organisationen (Berufsfeuerwehr, ASB, DRK) über 60 Einsätze der Notfallrettung bewältigt.“

Zu 8:

Aus den Pflegeeinrichtungen liegen diesbezüglich keine Rückmeldungen vor.

Zu 9:

Aktuell wird an der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Klimaanpassungskonzept gearbeitet. Der derzeitige Fokus liegt dabei auf Maßnahmen, die mit geringen oder ohne Mittel realisiert werden können. Konkret wird aktuell insbesondere an folgenden Maßnahmen gearbeitet:

- Vorgabenkatalog zur Berücksichtigung der Klimaanpassung in der Bauleitplanung
- Entsiegelungspotenziale auf Basis des Entsiegelungskatasters des Landes erheben
- Arbeitsbedingungen für städtische Beschäftigte in Hitzeperioden verbessern
- Aufstellen von Trinkbrunnen

Auch seitens der Technischen Betriebe (TBW) werden bereits Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt:

- Baumpflanzungen im Stadtgebiet
- Entsiegelung
- Sonnenschutz auf Spielplätzen
- PV-Anlagen auf Gebäuden von TBW

Zu 10:

Für die oben genannten Maßnahmen der TBW braucht es keinen Nachtragshaushalt; diese sind im Wirtschaftsplan bereits enthalten.

Zu 11:

Sofern gezielte Klimamaßnahmen angefordert werden, werden diese in die entsprechenden Wirtschaftspläne aufgenommen.

16 Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben
abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der
Geschäftsordnung des Rates)

Herr Burkhardt regt an, dass das Mikrofon auf der Tribüne vor der Sitzung eingeschaltet werden solle, da sich die Probleme wiederholt ergeben, dass das Mikrofon nicht informiert.

Eine **Bürgerin** fragt, was die Stadt perspektivisch tun möchte, um die Kinder und die Mitarbeitenden vor Hitze zu schützen. **Kämmerer Bruns** wiederholt seine Antworten auf die

Anfrage von Herrn von den Berg. Die Bürgerin führt aus, dass ihr die Antworten nicht ausreichen würden.

Ende der Sitzung: 16:30 Uhr

Dr. Angela Kirstges
Ratsvorsitz

Bruns
Stadtrat

Julia Muth
Protokollführung